Landeshauptstadt Magdeburg
Änderungsantrag

Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
DS0086/07	15.03.2007

DS0086/07/3 öffentlich

Absender
CDU-Ratsfraktion

Gremium	Sitzungstermin
Stadtrat	15.03.2007

Kurztitel
Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007 zur Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

I.

1. Der Stadtrat nimmt die kommunalaufsichtliche Entscheidung des **LVwA** ~~LVA~~ in den Punkten 2 und 3 zur Kenntnis.
2. Der Stadtrat stimmt der kommunalaufsichtlichen Entscheidung des **LVwA** ~~LVA~~ vom 2.2.2007 zur HHS der LH MD für das Jahr 2007 in den Punkten 4 und 5 (Kreditaufnahme und Verpflichtungsermächtigung) zu.
3. Der Stadtrat nimmt die Maßnahmen des Vermögenshaushaltes gemäß Anlage 2 zur Kenntnis.

II.

Der Stadtrat unterstützt den Oberbürgermeister bei seinen Initiativen und Bemühungen gegenüber dem Land, um die finanzielle Situation der Landeshauptstadt Magdeburg zu verbessern. Die von der Stadt bisher erbrachten Konsolidierungsmaßnahmen in Höhe von ca. 63 Millionen Euro Einsparungen pro Jahr müssen durch das Land anerkannt werden und dürfen nicht durch weitere **kommunalaufsichtlichen** Maßnahmen und Anordnungen~~, wie sie in der kommunalaufsichtlichen Entscheidung zum Ausdruck kommen,~~ wirkungslos werden.

An das Land wird appelliert, die mit der Wahrnehmung der Hauptstadtfunktion erbrachten Aufgaben der Landeshauptstadt Magdeburg anzuerkennen und den in Umsetzung des Beschlusses Nr.:1381/45(IV)07 vom Oberbürgermeister zu erarbeitenden Hauptstadtvertrag wohlwollend zuzustimmen. Die Sicherung der Landeshauptstadt Magdeburg als urbanes Zentrum mit einer ansprechenden geistig-kulturellen, sportlichen, musealen und qualitativ hochwertigen Lebensqualität liegt im Interesse des gesamten Landes.

Um dies zu gewährleisten, muss das Land anerkennen, dass neue Formen der interkommunalen Zusammenarbeit zum fairen Lastenausgleich für die großen Städte des Landes notwendig sind um damit deren Zukunftsfähigkeit als urbane Zentren zu sichern.
~~Um dies zu gewährleisten, muss das Land endlich anerkennen, dass nur der Weg von Eingemeindung den großen Städten des Landes die Zukunftsfähigkeit als urbanes Zentrum sichern kann.~~

Begründung:
Hinter der Abkürzung LVA verbirgt sich im Regelfall die Landesversicherungsanstalten die inzwischen Teil der Deutschen Rentenversicherung sind. Die korrekte Abkürzung für das Landesverwaltungsamt lautet LVwA.
Gerade im Zusammenhang mit der interkommunalen Zusammenarbeit sollte der Magdeburger Stadtrat in seiner Diskussion sich nicht allein auf Eingemeindungen reduzieren. Vielmehr müssen alle möglichen Form eines fairen Lastenausgleichs für die Landeshauptstadt diskutiert werden.

Dieser Antrag ersetzt den 2. ÄA zur Drucksache.

Weitere Begründungen gegebenenfalls mündlich.

Reinhard Stern
CDU-Ratsfraktionsvorsitzender